

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/35

18. Februar 1977

Absage an die Gewalt

Das Recht muß auch für Brokdorf gelten

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsi-
diums

Seite 1 und 2 / 40 Zeilen

Kein Mann für das Revier

Mit Biedenkopf kommen nur neue Probleme für die west-
fälisch-lippische CDU

Von Hermann Heinemann
Bezirkvorsitzender der SPD im Westlichen Westfalen

Seite 3 und 4 / 50 Zeilen

Wider das Geschrei der Pharma-Industrie

Angriffe gegen das Krankenversicherungs-Kostendämpfungs-
gesetz sind zurückzuweisen

Von Dr. Uwe Jans MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirt-
schaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 und 6 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 31 30 39-33
Telefax: 09 85 946-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Absage an die Gewalt

Das Recht muß auch für Brokdorf gelten

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Bundesminister der Justiz und
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Vorgänge in Brokdorf haben nicht nur eine bundesweite Diskussion über die friedliche Nutzung der Atomenergie in Gang gebracht. Sie haben auch eine neue Debatte über die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele ausgelöst. Von verschiedenen Seiten wird dabei unverhüllt der unmittelbaren Gewaltanwendung mit der Begründung das Wort geredet, sie allein sei geeignet, diesen Staat zu erschüttern und zu zerstören. Andere drücken sich differenzierter aus. Sie wollen Gewalt nur unter bestimmten Voraussetzungen befürworten, so etwa, wenn die Gewaltanwendung im Blick auf die verfolgten Ziele verhältnismäßig erscheint.

All dem muß der Rechtsstaat eine klare Absage erteilen. Das gilt für die Ankündigungen derer, die besser Terroristen als Chaoten genannt werden. Was sie planen und im letzten Jahr bereits teilweise praktiziert haben, hat mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit nicht mehr das geringste zu tun. Hier handelt es sich um schwere Ausschreitungen, die eine Vielzahl von Straftatbeständen erfüllen. Dafür können selbst tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über Nutzen und Gefahren der Kernenergie oder etwaige Mißgriffe im Genehmigungsverfahren nicht den Schein einer Rechtfertigung liefern. Vielmehr kann es nur eine Antwort geben: Ein Nein zur Gewalt, eine klare Solidarisierung mit den Polizeibeamten, die unter schwierigsten Umständen ihre Pflicht tun und das Vertrauen in die Justiz, das sie dem Gesetz in rechtsstaatlicher Weise Geltung verschaf-

fen und die Gewalttäter mit dem gleichen Maßstab messen wird, mit dem andere gefährliche Straftaten gemessen werden.

Wer anders reagiert, darf sich nicht über eine Entwicklung wundern, die das Vertrauen in die Schutzfähigkeit des Staates zerstört und zwangsläufig zum Rückfall ins Faustrecht führt. Jeder, der sich zu Brokdorf äußert, sollte auch dies ernsthaft bedenken. Es ist deshalb zu begrüßen, daß sich die Masse der in Brokdorf engagierten Bürgerinitiativen von den gewalttätigen Gruppen ausdrücklich distanziert hat.

Als Justizminister muß ich jedoch auch vor feineren Spielarten der Gewalterwägungen warnen. Das Gewaltmonopol des Staates ist ein wesentliches Element unserer verfassungsmäßigen Ordnung und ein entscheidender Fortschritt unserer Staats- und Rechtskultur. Wer dies antastet, stellt die Qualität unserer Ordnung und unseres Staatsverständnisses und nicht nur irgendeine Nebensache zur Debatte. Ich vermag nicht zu erkennen, wem dies nutzen soll. Schließlich gibt es kaum einen Staat, der so viele Möglichkeiten zur legalen Einflußnahme auf seine Entscheidungen, aber auch zur Nachprüfung seiner Entscheidungen anbietet, wie der unsere. Die Entscheidung des LVC Schleswig, mit der die Bauarbeiten in Brokdorf zunächst gestoppt wurden, ist dafür ein überzeugender Beweis.

(-/18.2.1977/va/ls)

+ + +

Kein Mann für das Revier

Mit Biedenkopf kommen nur neue Probleme für die westfälisch-lippische CDU

Von Hermann Heinsmann

Bezirksvorsitzender der SPD im Westlichen Westfalen

Während des letzten Wahlkampfes hatte man ihn noch, quasi als Stallgeruch für den zugereisten Professor, das revierfreundliche Etikett "Henkelmann" verleihen wollen. Selbst in Freundeskreisen des Kurt Biedenkopf wußte man, wie schwer es der schnell redende Wahlkämpfer Biedenkopf haben würde, Tuchfühlung zur Arbeitnehmerschaft zu finden. Prompt ist denn auch der vordergründige Versuch, aus einem Werbeträger der Großindustrie einen Interessenvertreter der Arbeitnehmerschaft zu machen, fehlgeschlagen. In seinem Bochumer Wahlkreis wurde Biedenkopf nicht als "Henkelmann" angenommen, sondern als "Mann von Henkel" angesehen und auf entsprechende Prozente gesetzt.

Letztlich war dem cleveren Professor nicht nur von Arbeitnehmern übelgenommen worden, daß er sich nicht gescheut hatte, die Axt an die Wurzel des Arbeitsfriedens zu legen. So nämlich war zunehmend jene anti-gewerkschaftliche Kampagne verstanden worden, die Biedenkopf in der Hoffnung angezettelt hatte, die Arbeitnehmerschaft in zwei große Gruppen spalten zu können: Die eine pro-gewerkschaftlich und SPD-orientiert, die andere anti-gewerkschaftlich und zur CDU hingezogen. Im Gegensatz zu seinen eigenen Berechnungen hatte das unseriöse Geschäft mit den pauschalen Verdächtigungen gegen Betriebsräte und Gewerkschaften dann allerdings zu einer starken Mobilisierung der Arbeitnehmer gegen Biedenkopf geführt.

Es mag sein, daß Biedenkopf seiner eigenen Partei an manchen Stellen zur erhöhten Aktivität verholfen hat, richtig bleibt aber auch, daß es ihm

wie keinem zweiten Politiker im letzten Wahlkampf gelungen war, auch die gegnerische Seite zu mobilisieren. Dieses Fiasko, seine prinzipielle Fehleinschätzung der Lage im Ruhrgebiet, seine persönliche Unfähigkeit, sich in die Verhältnisse dieser Industrielandschaft einzuleben, die Mentalität dieser Menschen kennenzulernen, ihre Probleme vor Ort zu studieren, dies ist es, was ihm aus Kreisen der CDU-Sozialausschüsse scharfe Kritik eingebracht hat. Infolgedessen ist denn auch offer gegen seine Kandidatur für den westfälisch-lippischen CDU-Vorsitz argumentiert worden. Dementsprechend knapp war dann auch das Stimmenergebnis im Vorstand.

Es ist das Problem dieser Skeptiker, die fürchten, Biedenkopf könne die CDU noch nachdrücklicher zur Partei der Großindustrie abstempeln, keinen anderen Gegenkandidaten als den bisherigen Vorsitzenden Windelen benennen zu können. Ihr Wunschkandidat Barzel hatte für die Kandidatur offensichtlich nicht kämpfen wollen. Windelen wiederum ist für die CDU des westfälischen Industriegebietes nie mehr als ein Verlegenheitskandidat gewesen. Viele hatten ihn bis dato gewählt, weil niemand anderes zur Verfügung stand. Diesmal fand sich ein Gegenkandidat: der im Revier genauso unpopuläre Biedenkopf. Eine peinliche Situation für Katzers Freunde, die zu Recht befürchten, diesen Mann in den Betrieben nicht "verkaufen" zu können.

Im Übrigen hatte Biedenkopf inzwischen auch einen anderen Beinamen als "Henkelmann" verdient, nicht ohne Grund spricht man in eingeweihten Kreisen von dem "Stehaufmännchen" Biedenkopf. Und seit neuestem wird sogar Köppler blüherant zumute, wenn er den agilen Professor an seiner Seite sieht. Hier jedenfalls bahnt sich das nächste Duell an: Biedenkopf kontra Köppler. Es bleibt alles wie gehabt. Die CDU wird weiterhin mit Personen statt Programmen beschäftigt sein. (=/19.2.1977/vs/1a)

+ + +

Wider das Geschrei der Pharma-Industrie

Angriffe gegen das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz
sind zurückzuweisen

Von Dr. Uwe Jens MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Diejenigen, wie die Arzneimittelindustrie, die am meisten haben und profitiert haben, müssen jetzt vor allem ihren Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen leisten. Die bisherigen freiwilligen Einsparungsvorschläge der Pharma-Industrie waren völlig unzureichend, wie die Erfahrung gezeigt hat.

Besonders bekämpft wird die vorgesehene Festlegung eines Arzneimittel-Höchstbetrages zwischen den Krankenkassen und den kassenärztlichen Vereinigungen. Erst wenn dieser Höchstbetrag nach dem jüngsten Beschluß der Bundesregierung - um mehr als fünf Prozent überschritten wird, soll über eine Anrechnung auf die ärztliche Gesamtvergütung zwischen den Vertragspartnern verhandelt werden.

Festzuhalten ist zunächst: Die Bundesregierung hat richtig gehandelt, als sie entschied, die Überziehungsgrenze von ursprünglich zehn auf nunmehr fünf Prozent herabzusetzen.

Der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie hat auch recht, wenn er meint, die Gesamtregelung müsse auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Die Wirksamkeit könnte in der Tat dadurch begrenzt sein, daß die Krankenkassen und kassenärztlichen Vereinigungen einen Höchstbetrag für Arzneimittel festlegen, der im Normalfall durch die Verschreibung der

Ärzte gar nicht überschritten werden kann. Warum sollte dann bei derartigen Verhandlungen nicht der Weg des geringsten Widerstandes zu Lasten der Versicherten beschriftet werden? Hier wäre evtl. eine Lücke, die es zu schließen gilt.

Wenn die Krankenkassen diese Vorschrift wirksam gestalten, so werden die Ärzte mehr als bisher die Preise der Arzneimittel vergleichen und die kostengünstigeren von den therapeutisch gleichwertigen aussuchen. Keiner kann dies besser als der behandelnde Arzt.

Unter dieser Bedingung können evtl. auch die Forschungskosten eines Unternehmens nicht mehr im gleichen Ausmaß auf die einzelnen neuen Produkte umgelegt werden. Das wäre aber nicht zu beklagen, sondern zu begrüßen. Nicht jedes neue Medikament auf dem Markt ist seinen hohen Preis wert. Die Laufzeit für Arzneimittelpatente scheint bereits heute zu lang zu sein und wird den wissenschaftlichen Fortschritt der Gesamtwirtschaft eher hemmen als fördern.

Der Ansatz der Bundesregierung mit dem KVMD-Gesetz ist richtig. Der Anstieg der Arzneimittelausgaben durch die Krankenkassen muß kräftig gedrosselt werden. Deshalb geht es zusätzlich zu diesem Gesetz außerdem darum, den Ärzten so deutlich wie möglich mitzuteilen, welche Arzneimittel therapeutisch effektiv und kostengünstig zugleich sind. Das Geschrei der Pharma-Industrie zeigt einmal mehr, daß die Bundesregierung in eine "offene Wunde" gestoßen hat, die schnell zum Vorteil der Versicherten ein wenig abgedeckt werden muß.

(-/18.2.1977/va/1a)

+ + +